

Spangenberg Zeitung

Wochenschrift für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Preis pro Jahr 12 RM. Fernsprecher Nr. 127



Druckerschrift: Zeitung.

Die Mitnehmer-Anzeigen-Zeile kostet bei 40 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Ermäßigte Grundpreise nach Preislifte. Der Mitnehmerpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 60 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sonstige Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Febr. 1938 gültigen Preislifte Nr. 4. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags. D. M. VI 500

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Hauptschriftleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

31. Jahrgang

Donnerstag, den 8. September 1938

Reichstagenhiebe gegen SdP. = Abgeordnete 82 Sudetendeutsche eingekerkert / Brutale Gefangenenmißhandlungen Unerhörte Greuel berittener Tschechenpolizei

erst einmal die Tschechen hier wären, würde der „Kampf“ erst richtig losgehen.

Inzwischen haben die Polizisten den herbeigeleiteten tschechischen Journalisten Informationen, zeigten ihnen die sudetendeutschen Abgeordneten, welche daraufhin von den tschechischen Hefjournalisten oftmals fotografiert wurden.

Dr. Köllner, May, Anorre, Misch und Jaroschek sprachen dann beim Regierungsrat Dr. Vaca vor, der Polizeidirektor von Mährisch-Odrau ist, und führten Beschwerde gegen das geradezu unerhörte Vorgehen der Polizei, das sie auch zur Anzeige brachten. Abg. May wies außerdem dem Polizeidirektor die Spuren des Reichstagenhieb auf seinem Kopf sowie die Spuren eines Fußtrittes am linken Knie nach. Es wurde ein Protokoll aufgenommen, das im Beisein des Polizeikommissärs Dr. Stumppe unterschrieben wurde.

Die Zurückziehung des Wachmannes Nr. 367, die Kreisleiter Dr. May auf der Polizeidirektion gefordert hatte, wurde von dem Polizeidirektor abgelehnt.

Offene Feinde des Friedens

Die ungeheuerlichen Vorfälle in Mährisch-Odrau zeigen mit geradezu erschreckender Deutlichkeit, daß die Prager Regierung scheinbar das Gest vollkommen aus der Hand verloren hat. Soviel steht jedenfalls fest: Prag ist nicht in der Lage, Gut und Blut der Sudetendeutschen zu garantieren. Militär und Polizei gehen ganz offensichtlich eigene Wege und kümmern sich überhaupt nicht um die Regierung. Polizei und Militär, die die Hüter der Ordnung sein sollten, sind die offenen Feinde des Friedens.

Möglich, daß sie den geheimen Auftrag der Regierung in Prag haben, das Sudetendeutschtum zu terrorisieren und diesen Auftrag durch selbstständiges Vorgehen zu tarnen versuchen. Wahrscheinlicher aber ist, daß Prag die Fäden nicht mehr in der Hand hat. Moskauer Agenten beherrschen den Pöbel und die Organe der Ordnung und der Sicherheit. Sie scheinen alles daran setzen zu wollen, um die Dinge auf die Spitze zu treiben. Von einem Rechtsstaat kann man unter diesen Verhältnissen nicht mehr sprechen. Denn wo Polizei mit Reichstagenhieben auf Abgeordnete losgeht und sie mit Fußtritten mißhandelt, da hat jedes Recht aufgehört.

Die Zustände ähneln verdammt denen in Sowjetrußland, wo die Kutsche herrscht und die Gewalt das Recht ersetzt. Schembar glauben die Drahtzieher hinter den Kulissen den Augenblick für gekommen, um die Mäße abzuwerfen und ganz offen den Terror zu erklären. Auffällig ist jedenfalls, daß es immer dann zu neuen Ausbrüchen der Wut und des Hasses kommt, wo die Verhandlungen in ein Stadium getreten sind, das irgendeine Entscheidung erwarten läßt.

Wie stellt sich der englische Vermittler, Lord Runciman, nun zu dieser Sachlage? Er verhandelt mit der Prager Regierung, weil er sie als verantwortliche Instanz anerkennt. Er wird sich nach den Vorfällen in Mährisch-Odrau dringend die Frage vorlegen müssen, ob er ein Recht dazu hat, Prag diese Vollmachten zuzuerkennen, nachdem offensichtlich die Hilslosigkeit erwiesen ist. Für uns steht jedenfalls das eine fest: So geht es nicht weiter! Ehe die Verhandlungen, die von seiten der sudetendeutschen Abordnung sofort unterbrochen worden sind, weitergeführt werden, muß die Frage geklärt werden, wer Herr in der Tschechoslowakei ist. Soll also Prag den Nachweis liefern, daß es Polizei und Militär in der Hand hat. Wir glauben, daß dieser Nachweis nie erbracht werden kann! Glatz ist eine neue Lage gegeben. Darüber mögen sich auch alle die Kreise im klaren sein, die sich berufen fühlen, Prag die Stange zu halten.

Der Frieden ist in schwerster Gefahr. Die Friedensbrecher sind entlarvt. Die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen müssen die Fälligkeit von Versailles hinter bezahlen. Werden sich wohl jetzt die Verleumdungen des Unrechts aufrufen können, um wiederzukommen und eine Schande auszuwaschen, die in der Weltgeschichte einmalig ist? Die Zeit drängt und fordert eine Entscheidung. Oder soll um dieses Staatsgebilde wegen, das aus Haß und Lüge geboren ist, Europa in ständiger Aufregung gehalten werden?

Schärfter Protest in Prag

Sudetendeutschum fordert strengste Bestrafung der Schuldigen.

Aus Anlaß der schweren Zwischenfälle in Mährisch-Odrau richteten die Abgeordneten der Sudetendeutschen

Partei Köllner und May nachstehendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Hodiska und an den Innenminister Czerny:

„Berittene Polizei geht brutal und rücksichtslos mit Reichstagenhieben gegen friedliche Frauen und Männer, die zur Begrüßung der Parlamentarier in Mährisch-Odrau zusammengekommen sind, vor. Wir, die Parlamentarier, werden trotz Legitimierung mit Reichstagenhieben bedroht, geprügelt und mit Verben an die Wand gedrängt. Wir protestieren leidenschaftlich gegen diese brutale Beleidigung und dieses schimpfliche Vorgehen der tschechischen Polizeiorgane und fordern strengste Bestrafung der Schuldigen.“

SdP. unterbricht Verhandlungen

Wegen der Tschechenausbreitungen in Mährisch-Odrau.

Wie das Presseamt der Sudetendeutschen Partei mitteilt, hatte am Mittwochnachmittag die Verhandlungsabordnung der SdP. das Studium des neuen Vorschlages der Prager Regierung begonnen und beschlossen, auf Grund dieses Regierungsvorschlages vom Gesichtspunkt einer Regelung entsprechend den Karlsbader Forderungen die Verhandlungen mit der Regierung fortzusetzen. Während der weiteren Beratungen sei ein Bericht aus Mährisch-Odrau eingetroffen, der von den unerhörten Übergriffen der Staatspolizei und der Vergrügelung sudetendeutscher Abgeordneter Mitteilung machte. Daraufhin habe die Abordnung ihre Verhandlungen abgebrochen und beschlossen, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, sie sei gezwungen, wegen der Vorfälle in Mährisch-Odrau die Verhandlungen zu unterbrechen. Die Vorfälle in Mährisch-Odrau zeigten, daß die Regierung die Lage nicht in dem Maße beherrsche, um mit Erfolg im gegenwärtigen Augenblick die Versprechungen zu beginnen und in Ruhe abschließen zu können. Das Vorgehen der Polizei in Mährisch-Odrau stehe in tristem Widerspruch zu der im Regierungsvorschlag zum Ausdruck gebrachten Absicht, die nationalpolitischen Verhältnisse zu regeln.

Die SdP.-Abordnung bei Runciman

Die SdP.-Abordnung verständigte, so heißt es am Schluß der sudetendeutschen Mitteilung, von der neuentstandenen Lage den Staatspräsidenten und Lord Runciman, der die sudetendeutsche Abordnung unter Führung von Karl Hermann Frank empfing.

Der Gummihüpfel regiert

Tschechenpolizei schlägt auf deutsche Frauen ein.

Um Aufklärung über das Schicksal ihrer Kinder zu erhalten, die zwangsweise in tschechische Schulen eingeschickt werden sollten, zogen 1000 sudetendeutsche Mütter mit ihren Kindern nach Troppau vor das Stadthaus. Die Polizei verbündete einen weiteren Zug der Mütter zur Sudetendeutschen Parteiliste, wo sie den Kreisleiter Barwig um Intervention ersuchen wollten.

Die tschechischen Polizisten drängten die Kinder und Mütter, von denen viele aus Sorge und Angst um ihre Kinder weinten, ab und machten hierbei wiederum in brutaler Weise von den Gummihüpfeln Gebrauch. Einige verhaftete Frauen wurden vom Polizeidirektor erst auf Einspruch des Kreisleiters Barwig freigelassen. Unerwartete Dinge mußten die Mütter mit ihren Kindern wieder den Heimweg antreten.

Die in Mährisch-Odrau anwesenden Parlamentarier der Sudetendeutschen Partei sandten an den Staatspräsidenten ein Telegramm, in dem sie „bedauern, daß es angesichts der Zuspätkung, die tschechischen Schulfrage in gerechter Weise zu regeln, heute in Troppau wieder zu schweren Zusammenstößen gekommen ist, bei denen die Polizei ohne die geringste Veranlassung in nicht widerzulegender Brutalität gegen wehrlose Frauen und Kinder den Gummihüpfel gebrauchte und damit die ohnedies gespannte Atmosphäre weiter verschlechterte.“

Trotz aller gegenteiligen offiziellen amtlichen Verlautbarungen verharren die untergeordneten tschechischen Behörden immer noch auf dem Standpunkt, daß durch den Deutschen Gruß die „öffentliche Ordnung gefährdet“ werde. Auf die Verurteilung einer wegen Gebrauchs des Deutschen Grußes verurteilten sudetendeutschen Frau aus Plan stellte sich die Landesbehörde auf den Standpunkt, daß es „notorisch bekannt“ sei, daß der Deutsche Gruß zu Sympathiebekundungen für die „so genannte Saferkreuzbewegung“ gebrauchte werde. Dadurch sei die öffentliche Ordnung und Ruhe an öffentlichen und öffentlich zugänglichen Orten gefährdet worden und der Tatbestand der Übertretung vollinhaltlich gegeben.

